

Stefan Gaitanides

Zusammenleben im Stadtteil – Fremd- und Selbstwahrnehmung von Migranten und autochthonen Deutschen in Quartieren mit hohen Migrantenanteilen¹

Veröffentlicht in: Rommelspacher, Birgit/ Kollak, Ingrid (Hg.)(2008): *Interkulturelle Perspektiven für das Sozial- und Gesundheitswesen*. Frankfurt am Main, S. 243-264

Der vorliegende Bericht fasst die Ergebnisse einer qualitativen Studie zusammen, die der Autor im Auftrag der Stadt Raunheim – einer Kleinstadt am Rande Frankfurts am Main – durchgeführt hat. Vom Sommer 2004 bis zum Sommer 2005 wurden 21 Bewohner (darunter 9 mit Migrationshintergrund) der „Ringstraßensiedlung“, eines großen mehrgeschossigen Wohnkomplexes aus den 60er Jahren, das auch Projektgebiet „Soziale Stadt“ ist, und der Neubausiedlung „An der Lache“ befragt (Gaitanides 2006).

In beiden Stadtteilen gibt es einen hohen und weiter wachsenden Migrantenanteil und Spannungen zwischen der deutschen und migrantischen Bevölkerung, die allerdings noch keine spektakulären Ausmaße angenommen haben. Die Kommune Raunheim versucht mit einem ganzheitlichen Konzept aus baulichen Verbesserungen und sozialintegrativen Angeboten (Deutschkurse, Nachhilfe, betreute Freisportanlage, Frauentreff, dezentrale Altentreffs, partizipative Spielplatzgestaltung, Bewohnergärten, Stadtteilbeirat usw.) dem sozialen Verfall der Ringstraßensiedlung und der Segregation der Bevölkerungsgruppen entgegenzusteuern.

„Gleichberechtigtes und friedliches Zusammenleben“ sind neben der „strukturellen Integration“ (gleiche Teilhabechancen an Bildung, Ausbildung, Arbeit, Wohnen, Kultur, Politik) wesentliche Ziele von gängigen Integrationskonzepten, vor allem von solchen, die auf kommunaler Ebene ansetzen (Esser 1999, Heitmeyer/Anhut 2000). Diese normative Zielsetzung wird durch die stereotypen negativen wechselseitigen Zuschreibungen von migrantischer und angestammter deutscher Bevölkerung untergraben. Zur Erfassung asymmetrischer, die soziale Integration erschwerender Gruppenbeziehungen legte die Untersuchung deshalb ein besonderes Gewicht auf die Ermittlung wechselseitiger stereotyper Fremdwahrnehmung und auf den Vergleich mit den jeweiligen Selbstbildern. Durch negative Zuschreibungen und die Ausblendung positiver Wahrnehmungen (selektive Wahrnehmung) bzw. durch die Ignorierung anderer als ethnisch/kultureller Ursachen von Bewohnerkonflikten werden destruktive Gruppenbildungsprozesse gefördert und Lösungsmöglichkeiten verspielt. Im Umkehrschluss können sich die Gruppenbeziehungen verbessern und können Lösungsperspektiven für verhärtete Konflikte sichtbar gemacht werden, wenn die stereotypen negativen Zuschreibungen durch die Kommunizierung relativierender Selbstbeschreibungen und sozialwissenschaftlicher Interpretationsansätze, die ethnisierende Deutungen dekonstruieren, in Frage gestellt werden. So könnte – angestoßen von der Befragung – von dem kommunikativen Austausch der Fremd- und Selbstbilder ein einstellungsverändernder, der sozialen Integration dienlicher Lerneffekt ausgehen.

¹ Die Untersuchung, in der die Befragten ausführlich zitiert werden, wurde 2006 unter dem Titel „Wir müssen mehr miteinander reden!“ veröffentlicht (Gaitanides 2006)

1. Der Stadtteil: Soziale Situation und Einschätzung der BewohnerInnen

Die Bewohner der Ringstraßensiedlung werden in der Befragung (wie auch den Sozialstrukturdaten) eher der Arbeiterschicht zu geordnet (bzw. der untere Mittelschicht), die der Neubausiedlung eher der unteren und mittleren Mittelschicht; wobei die BewohnerInnen selbst den Anteil an Sozialhilfeempfängern in der Ringstraßensiedlung erheblich überschätzen. Der Migrantenanteil wird von den meisten Befragten überschätzt, ganz besonders von den Bewohnern des Neubauviertels, in dem der Migrantenanteil weit niedriger ist als in der Ringstraßensiedlung.

Im Unterschied zu den meist älteren Deutschen sind die jungen Migrantenfamilien relativ zufrieden – vor allem wegen des kindgerechten Wohnumfeldes. Während die Kinder der Alteingesessenen ins Umland abgewandert sind, sind die Kinder der Migranten häufig in frei werdende Wohnungen gezogen. So haben sich verzweigte verwandtschaftliche Netzwerke gebildet, die die Ortsbindung dieser Familien verstärkt haben. Insofern erneuern die Migranten die Verwurzelung im Viertel und die Identifikation mit ihm – ein positiver Beitrag zur Stadtentwicklung.

Bei den einzigen berichteten gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Viertelbewohnern handelte es sich das eine Mal um einen Streit unter Kiosk-Bekanntes des Befragten, der als harmloser Streit unter Kumpels geschildert wird, und das andere mal um Gerüchte von Schlägereien bis hin zum Schusswaffengebrauch in „berüchtigten“ Wohnblöcken mit vielen Marokkanern und Sozialhilfeempfängern, einer Gegend „die man lieber meidet“. Dabei wird wiederum deutlich, wie die Angstfantasien und projektiven Zuschreibungen durch fehlende Kontakte und Fehlen von Informationen aus erster Hand zunehmen.

Das Sicherheitsgefühl der Bewohner profitiert von den Freizeitgewohnheiten der Migranten, die sich bis in die späten Abendstunden im Freien aufhalten.

Im populistischen kommunal- wie bundespolitischen Diskurs wird häufig von der Common-Sense – Theorie des „tipping-point“ ausgegangen. Ab einem gewissen Prozentsatz des Migrantenanteils kippe die Stimmung der Bevölkerung und man müsse sich nicht wundern, wenn sich Fremdenfeindlichkeit ausbreite, wenn man immer mehr Zuwanderer hereinlasse. In den 70er Jahren wollte man deshalb schon ab 15 Prozent – Migrantenanteil Zuzugssperren in „überlastete Siedlungsgebiete“ verhängen. Nach dieser Theorie müsste die Stimmung in Frankfurt am Main mit einem Migrantenanteil von annähernd 30 Prozent – die Eingebürgerten nicht gezählt – längst von der traditionellen Frankfurter Toleranz in Fremdenfeindlichkeit umgeschlagen sein. Die empirische Unhaltbarkeit dieser These von einer imaginären Schwelle, die nicht überschritten werden sollte, um nicht fremdenfeindliche Reaktionen zu provozieren, verliert schon durch die Tatsache an Plausibilität, dass heute fremdenfeindliche Kampagnen eher in den neuen Bundesländern auf fruchtbaren Boden fallen, in denen der Migrantenanteil verschwindend gering ist. Repräsentative neue sozialwissenschaftliche Studien zeigen sogar einen umgekehrten Zusammenhang: Migrantenanteile werden in Bezirken mit einem unterdurchschnittlichen Anteil überproportional überschätzt. Und sie werden überschätzt, weil sie auf Grund des geringeren Kontaktes stärker als Bedrohung wahrgenommen werden (Wolf/Wagner/Christ 2005, S.78ff). Von daher ist es erklärbar, dass die geringeren Migrantenanteile in der Neubausiedlung weit mehr überschätzt und als Bedrohung („Kleinkreuzberg“) wahrgenommen werden, weil der Kontakt noch sehr jung ist und die Kontaktchancen in einer Eigenheimsiedlung geringer sind als in der Siedlungsform der Ringstraßensiedlung.

In den Interviews mit deutschen Stadtteilbewohnern werden Griechen so gut wie gar nicht erwähnt obwohl sie die zweitstärkste Migrantengruppe stellen. Dagegen werden Marokkaner relativ häufig erwähnt trotz niedrigerem Bevölkerungsanteil. „Ausländer“ werden meistens implizit mit Türken und Marokkanern oder auch Muslimen gleichgesetzt. D.h., hier hat – historisch betrachtet – eine Verschiebung der (negativen) Aufmerksamkeit stattgefunden – von den „Gastarbeitern“ aus christlichen Anwerbeländern (einstmals als „Spagettifresser“, „Katzlmacher“, „Mafiosi“ und „Messerstecher“ titulierte) auf die Einwanderer muslimischer Provenienz. Ob dies auf die fortgeschrittene Assimilation der Griechen, Italiener, Spanier und Portugiesen der ersten Nachkriegseinwanderungswelle zurückzuführen ist, muss auf Grund der migrationssoziologischen Befunde eher bezweifelt werden. Italiener haben eine höhere Sonderschulquote als die Türken. Griechen haben beispielweise eine ausgeprägte ethnische Identität und pflegen diese in Gestalt von Endogamie, orthodoxen Riten, Weitergabe der Sprache und engen Beziehungen zum Heimatland. Obwohl ihnen die doppelte Staatsbürgerschaft nicht verweigert werden kann, lassen sie sich weit seltener als die Türken einbürgern. Nach den Ergebnissen des 6. Familienberichtes weichen ihre familiären Erziehungsstile nicht wesentlich von denen der türkischen Familien ab (Nauck 2000, 368 ff).

Eine Erklärung der Fokussierung der Wahrnehmung auf die Türken bzw. Muslime liefert die Sozialpsychologie, die festgestellt hat, dass Beobachtungen, die von der gewohnten und konformen Normalität abweichen, die Aufmerksamkeit auf sich ziehen (Güttler 2003). Eine türkische Frau mit Kopftuch fällt eben viel mehr auf als fünf ohne diese Kopfbedeckung. Zudem fällt der Gruppenbildungsprozess der größten Einwanderergruppe der Türken rein quantitativ mehr auf als derjenige der viel kleineren griechischen Einwandererkolonie, die ebenfalls Community-Strukturen herausgebildet hat wie Vereine, ethnische Ökonomie, religiöse Institutionen, ja sogar griechische Schulen.

Die wichtigste Erklärung aber dürfte in der Wirkung des Mediendiskurses zu suchen sein, der seit vielen Jahren die Bildung muslimischer, respektiver türkischer, Parallelgesellschaften beschwört. Hat sich einmal in den Köpfen dieses Stereotyp als Erwartungshaltung festgesetzt, wird die Wirklichkeit auch im Nahraum der Lebenswelt selektiv wahrgenommen – auch dies eine uralte Erkenntnis der Sozialpsychologie.

Der Anteil der älteren Deutschen und der jüngeren Migrantenfamilien wird in der Ringstraßensiedlung überdimensioniert wahrgenommen. Sempel ausgedrückt: die Deutschen sind „die Rentner“ und die Migranten „die jungen Familien“. Trotz Überalterung des deutschen Bevölkerungsteils gibt es aber auch einen erheblichen Anteil von Deutschen mittleren und jüngeren Alters. Eine Erklärung hierfür könnte sein, dass sich diese beiden Gruppen – wie die Untersuchung zeigt – in einem Dauerkonflikt befinden, sich buchstäblich gegenseitig „im Visier“ haben. In der Sozialpsychologie geht man davon aus, dass Störungen der Normalität und Probleme eher Aufmerksamkeit binden als der störungsfreie Ablauf des Alltags (Güttler 2003 S. 76ff). Aus Nebenbemerkungen ist zu entnehmen, dass es wohl viel weniger Reibungen zwischen den jüngeren Familien mit und ohne Migrationshintergrund gibt als zwischen den Rentnern und den migrantischen Familien.

Die Vorbehalte gegenüber dem hohen Migrantenanteil richten sich bei den älteren Deutschen vor allem gegen die anderskulturellen Lebensformen, während die jüngeren deutschen Familien sich vor allem um die sinkenden Bildungschancen ihrer Kinder Sorgen machen. Auch die befragten Migranten selbst haben eine eher gesplante Einstellung zu hohen Migrantenanteilen. Einerseits begrüßen sie die nachbarschaftlichen und verwandtschaftlichen ethnischen Netzwerke andererseits fürchten auch sie um die Zukunft ihrer Kinder, wenn die Migrantenkinder weitgehend unter sich bleiben und kein gutes Deutsch lernen. Diese Sorge

tragen vor allem die bildungsorientierten Befragten aus der besser qualifizierten zweiten Einwanderergeneration. Zudem befürchten sie bei hohen Migrantenanteilen eine Eskalierung der Konflikte mit den deutschen Bewohnern, mit denen sie in Frieden leben wollen.

Nachbarschaftskontakte

Die meisten deutschen Befragten in der Ringstraßensiedlung pflegen unverbindliche Nachbarschaftskontakte, grüßen sich, wenn sie sich im Flur, Lift, im Eingangsbereich oder auf den Gehwegen begegnen. Gegenseitige Besuche in der Wohnung von Nachbarn, die nicht miteinander verwandt sind oder befreundet sind, finden äußerst selten statt. Geringer ist die Barriere bei „Feiern“ in den Grünanlagen vor den Häusern, wo man schon mal „ein Bierchen“ mit dem Nachbarn trinkt. Diese Treffen können sich dann zum Weiterfeiern, auf den Balkon oder in die Wohnung verlagern.

Bei den Migranten scheinen sich engere Nachbarschaftskontakte sehr auf die Verwandten vor Ort zu konzentrieren. Zwischen Deutschen und Migranten scheint es weit seltener zu Kontakten, die das tägliche Grüßen überschreiten, zu kommen als innerhalb der eigenen Ethnie. Es kommt aber vor, dass die Kinder sich miteinander befreunden und die Türen für sie offen stehen. Bei Migranten ist das Grillen im Freien äußerst beliebt – sehr zum Leidwesen vieler deutscher älterer Bewohner, die Gerüche und der Lärm stören. Ob aber hauptsächlich Familienklans zusammenkommen oder auch Nachbarn gleicher oder anderer Migranten-Nationalität an diesen Grillfesten teilnehmen, geht aus den Interviews nicht hervor. Auf jeden Fall scheint es kaum deutsch-migrantische Grillfeste unter freiem Himmel zu geben. Interethnische Kontaktanlässe sind oft Verstöße gegen die Hausordnung. Solche negativen Anlässe führen im besten Falle – wenn man sich arrangiert – zu einem Verhältnis reibungsloseren Nebeneinanders, sind aber selten beziehungsstiftend.

Gegenseitige Hilfen scheinen unter Migranten – auch ethnienübergreifend – stärker ausgeprägt. Sie scheinen sich aber auch sehr – mit zunehmenden Verbindlichkeitsgrad – auf die verwandtschaftlichen Netzwerke zu konzentrieren (Vgl. auch BMFSFJ, 6. Familienbericht 2000, S. 111 ff). Eine Befragte vermutet, dass viele ältere Deutsche Nachbarschaftshilfen, auf die sie im Alter besonders angewiesen sind, nicht in Anspruch nähmen, da sie sonst ihre Distanz gegenüber den Migrantenfamilien aufgeben müssten, mit denen sie im Dauerstreit lägen. Hier ergibt sich eine Abwärtsspirale zwischen Nachbarschaftskonflikt, Rückzug und Erosion der Nachbarschaftshilfe.

Die angeführten Aussagen spiegeln die Normalität distanzierter Nachbarschaftsbeziehungen in städtischen Mietshäusern bzw. Wohnblocks aber auch Reihenhaussiedlungen wieder. Was die älteren Mieter in nostalgischer Rückschau auf frühere Zeiten als Verlust des Gemeinschaftssinns und Zunahme des Egoismus kulturpessimistisch betrauern, ist Ergebnis eines globalen gesellschaftlichen Individualisierungsprozesses, der normativ von den Stadtentwicklungsplanern nicht nur negativ bewertet werden sollte. Die Individualisierungsprozesse können die Menschen auch posttraditionelle, selbstgewählte neue Bindungen und Verpflichtungen – auch in der Nachbarschaft – einzugehen, weil man mehr auf sie angewiesen ist (Vereinstätigkeit, Treffpunktarbeit, Kulturarbeit, lebenslagenpezifische Selbsthilfegruppen usw.). Der Prozess der Individualisierung findet bei Migranten und Deutschen in unterschiedlicher Geschwindigkeit bzw. zeitversetzt statt. Die gemeinschaftlichen Beziehungen im Nahbereich sind bei Migranten wohl noch ausgeprägter, verlieren aber immer mehr an Verpflichtungscharakter und Bindekraft – vor allem im Fortgang der Generationen.

Da die unfreiwillige Isolation und die Auflösung traditioneller Sozialbeziehungen durch die strukturellen Zwänge der Individualisierung moderner Gesellschaften nicht reflexiv und emotional verarbeitet wurden, löst die Beobachtung der Wiederkehr verloren gegangener Sozialbeziehungen durch die Einwandererbevölkerung womöglich Trauer- und Neidgefühle aus, die aggressiv abgewehrt werden.

Unfreiwillig isoliert sind auch viele der „nachgereisten Bräute“. Da sich der Kontakt bei den Migranten weitgehend auf die Verwandtschaft konzentriert, verfügen sie, die ihre Familie im Heimatland gelassen haben, oft nur über die Verwandtschaftskontakte des Ehemanns, die aber oft wegen deren Dominanzansprüche ambivalent sind. Dasselbe gilt natürlich auch für den nachgereisten Ehemann. Sie können kaum ein Wort Deutsch und können mit den deutschen Nachbarn nicht gut kommunizieren.

Bei sehr traditionell eingestellten Familien wird eine intergeschlechtliche Kontaktbarriere errichtet durch die Verhaltenserwartung: Frauen dürfen im öffentlichen Raum und schon gar nicht mit Fremden Kontakt zum anderen Geschlecht aufnehmen – und sei es nur durch Blickkontakt.

Von deutscher Seite wird häufig unterstellt, die Migranten wollten lieber unter sich sein und wollten gar keinen Kontakt zu den deutschen Nachbarn. Zurückhaltende Reaktionen auf Kontaktangebote, die vielleicht aus Unsicherheit, Schüchternheit oder weil man sich erst bei der Familie rückversichern möchte, nicht gleich angenommen werden, können so als Zurückweisung interpretiert werden. Dann unterlässt man jeden weiteren Versuch der Kontaktaufnahme. Deutsche wie Migranten bedauern das Defizit an gutnachbarschaftlichen Kontakten und wünschen sich eine Verbesserung.

Gruppenbildungen

Wie überall in den städtischen Ballungsgebieten so scheinen auch in den untersuchten Stadtteilen Ethnie und Schicht die wichtigsten Faktoren für die Bildung engerer Nachbarschaftskontakte, Freundschaften und sozialer Netzwerke zu sein. Hinzu kommen die gemeinsame Stellung im Lebenszyklus – wie Alter, Mutterschaft – und/oder Lebensstil/ Wertemilieus als intervenierende Variablen.

Die Mehrebenenanalyse der Gruppenbildungsprozesse eröffnet auch Perspektiven für die Überwindung der ethnischen Gruppengrenzen: So verbindet die Lebenslage der Mutterschaft die Mütter mit und ohne Migrationshintergrund. Situativ ergeben sich Allianzen gegen die die Kinder „schimpfenden“ Alten. Aber auch ältere Migranten, die ihre Enkel nicht vor Ort betreuen, können sich mit den deutschen Senioren gegen die lärmenden jungen Familien verbünden. An den Wasserhäuschen treffen sich Alkoholiker aller Nationen. Und die qualifizierten Türken haben mehr mit den deutschen Mittelschichtennachbarn gemein als mit den Nachbarn aus einem traditionellen anatolischen Dorf. „Europäisierte“ Türkinnen verstehen sich besser mit „modernen“ Griechinnen als mit frommen sunnitischen Landsfrauen. Diese wiederum verbindet der konservative Islam mit den Musliminnen anderer Nationalitäten. Die katholischen Einwanderer treffen die deutschen Katholiken im Gottesdienst.

Die sich überlappenden Mehrfachzugehörigkeiten konterkarieren die Polarisierungstendenzen der Stadtteilgesellschaft in „Ausländer“ und „Deutsche“ und verhindern, dass sie gänzlich in zwei feindliche Lager auseinander fällt (vgl. auch Hewstone 2004, S. 9f). Hier bieten sich für die Stadtteilarbeit reichliche Ansatzpunkte, indem Gruppenbildungsprozesse entlang gemeinsamer Interessen und Lebenslagen gefördert werden, die den ethnischen Rahmen überschreiten.

2. Bilder von sich, den Andren und der Gesellschaft

2.1 Fremdbilder

Typisch für alltagstheoretische Zuschreibungen ist die Verknüpfung von Pauschalurteilen mit der Schilderung konkreter Einzel-Beobachtungen und Erlebnisse aus der unmittelbaren Lebenswelt, durch die ein Authentizitätsbeweis erbracht werden soll für die Stichhaltigkeit der typisierenden Aussage.

Vielfach berufen sich die Interviewten auf Auffassungen Dritter oder auf „weit verbreitete“ Sichtweisen und Bewertungen, mit denen sie sich nicht immer explizit identifizieren, die aber darauf verweisen, dass sie von Vielen kollektiv geteilt werden.

Die „Ausländer“ seien, so die befragten *Deutschen*, nachlässig bei der Müllentsorgung, Hausputz; laut und lärmend, aggressiv, unverschämt. Die Frauen seien unemanzipiert und würden von den Männern unterdrückt. Sie lebten in einem Ghetto und seien integrationsunwillig. Sie wollten immer unter sich bleiben und übernahmen keine Verantwortung für Kindergarten und Schule. Positiv eingeschätzt wird der bessere familiäre Kontakt und Gruppenzusammenhalt als bei den Deutschen.

Neben Befragten, die sich mit einzelnen Zuschreibungen voll identifizierten, gab es auch Stimmen, die sich davon distanzierten und auf Differenzierung bedacht waren.

Auffällig bei den *Migranten* war, dass die Befragten – zumeist MultiplikatorInnen aus der zweiten Generation mit guten Deutschkenntnissen und Kontakten zu Deutschen - das Etikett „Deutsche“ bei der Beschreibung von Gruppenkonflikten im Viertel kaum verwendeten, sondern eher Zuschreibungen bezüglich der „Alten“ verwendeten, als die „ewig meckernde deutschen Alte“, die den Familien das Leben schwer machten. „Die Deutsche beklagen sich und wir müssen uns so benehmen, wie sie das haben wollen“.

2.2 Selbstbilder

Die *Migranten* haben das Bild von sich, dass sie sich um Integration bemühen und dass die Klagen der Deutschen über Belästigungen der Nachbarschaft übertrieben seien. Sie schätzen ihren Beitrag zur Integration als nicht gering ein: großes Interesse für die Bildung ihrer Kinder, Bildungshunger der jungen Frauen, Emanzipationsfortschritte der Frauen. Die befragten Frauen beschönigen die Beharrungstendenzen patriarchaler kultureller Traditionen nicht, aber – im Unterschied zur vorherrschenden Wahrnehmung der befragten Deutschen – sehen sich die Migrantinnen nicht als Opfer der Unterdrückung durch die Männer sondern als handelnde Subjekte, die langsam aber stetig ihre Handlungsspielräume ausweiteten. Allerdings gibt es auch Migrantinnen, denen dies alles zu langsam geht und die noch mehr Integrationsanstrengungen von den eigenen Leuten erwarten.

Die *Deutschen* hingegen sind der Auffassung, dass sie selbst nichts gegen Ausländer hätten und ihnen Ausländerfeindlichkeit nur unterstellt würde. Sie finden, dass deutsche Frauen emanzipierter seien und deutsche Eltern sich um Kindergarten und Schule stärker kümmern. Deutsche lebten aber auch privater, zurückgezogener und pflegten weniger Gruppenkontakte.

Ein interessantes – gleichwohl wenig erstaunliches – Resultat der Befragung ist, dass einige befragte Migranten auch innerhalb ihrer Nationalitäten-Gruppe bzw. beim Vergleich der verschiedenen Einwanderernationalitäten eine ähnliches Zuschreibungsmuster verwenden wie das bei den Deutschen zu beobachten ist, wenn diese sich pauschal mit den Migranten vergleichen. Auch sie konstruieren ein homogenisiertes Bild der Anderen – z.B. die „offenen“

Türkinnen gegenüber den „Kopftuchfrauen“ bzw. der Türkinnen gegenüber den Marokkanerinnen, wobei sie sich auf einer imaginären Entwicklungsachse als die Moderneren und die anderen als die Rückständigeren verorten.

Dieses Phänomen verweist auf einen allgemeinen Mechanismus des individuellen wie kollektiven Identitätsgewinns durch Gruppenvorurteile: Indem wir die Anderen abwerten, werten wir uns selbst auf. Und da moralische Werte in der pluralistischen Gesellschaft an allgemeiner Verbindlichkeit verloren haben, tritt an die Stelle moralischer Eigenschaftszuschreibung immer mehr der binäre Code „Modern/Unmodern“ als Bewertungsmaßstab. Wegen der Vorteile der Abwertung des Anderen für die Stabilisierung der eigenen Identität – auf der individuellen wie der Gruppenebene – sind Vorurteile auch nicht so leicht durch Aufklärung aus der Welt zu schaffen.

2.3 Gesellschaftsbilder: Was heißt Integration?

Konflikte zwischen Einwanderern und der Mehrheitsgesellschaft erwachsen auch aus unterschiedlichen Auffassungen bezüglich der Legitimität unterschiedlicher Integrationsmodelle. Die in der Politik geführte kontroverse Debatte um die Topoi „Multikulturelle Gesellschaft und Demokratie“ oder „deutsche Leitkultur“ kann auch als Subtext aus den Interviews herausgelesen werden.

Dominanz der deutschen Kultur im öffentlichen Raum:

Für viele deutsche Befragte scheint die Grenze der kulturellen Toleranz erreicht, wenn nicht überschritten. Einige deutsche Befragte verwehren sich gegen kultur- bzw. religionsbedingten „Sonderwünsche“ in den Kindertagesstätten (Berücksichtigung muslimischer Speisevorschriften und kultursensibler Umgang mit christlichen Feiertagen). Ebenso lehnen viele Befragte die Berücksichtigung der Mehrsprachigkeit in den Kindertagesstätten ab. Die Eltern sollen zuhause mit den Kindern mehr deutsch reden. Der Einstellung von ErzieherInnen mit Migrationshintergrund stehen viele Befragte reserviert gegenüber. Der Bau von Moscheen und die Ausbreitung der migrantischen Ökonomie werden missbilligend beurteilt. Ebenso stört die Zunahme von Kopftüchern, die „maßlos auffällig“ seien.

Von einigen Befragten werden die außerschulischen Fördermaßnahmen für Migranten als Privilegierung von Minderheiten bewertet. Auch Deutsche hätten Probleme. Zudem wird die Effektivität der Integrationsprogramme in Zweifel gezogen. Sie scheiterten an der Integrationsunwilligkeit der Migranten und der mangelnden Bereitschaft mehr Eigenverantwortung für die Integration zu übernehmen.

Die meisten befragten Deutschen haben ihr politisches Weltbild noch nicht an die real existierende multikulturelle Einwanderungsgesellschaft angepasst. Immer noch fordern sie einseitige Anpassung und sie nehmen die Integrationsleistungen der ausländischen Familien nicht wahr. Die „Integrationswilligkeit“ wird ihnen von vielen Befragten abgesprochen.

Für kulturellen Pluralismus:

Dagegen plädieren die meisten Befragten mit Migrationshintergrund dafür, Integration nicht mit kultureller Assimilation gleichzusetzen. Sie möchten auch ihre Sprache und Teile der Herkunftskultur an ihre Kinder weitergeben. Sie plädieren für mehr interkulturellen Austausch, für Wissensvermittlung über die Kulturen und Religionen der Zuwanderer genauso wie in umgekehrter Richtung: Vermittlung kulturellen Orientierungswissens an die durch Familiennachzug in jüngerer Zeit eingereisten Migranten. Sehr großen Wert legen alle Befragten darauf, dass ihre Kinder Deutsch lernen. Sie haben große Erwartungen an den Kindergarten, dass dies dort geschieht. Im täglichen Zusammenleben mit den Deutschen

wünschen sie sich mehr kulturelle Toleranz und Verständnis. Integration sei keine einseitige Anpassung der Noch-„Gäste“ sondern ein Prozess wechselseitiger Annäherung.

In den Statements beider Seiten findet sich aber auch eine Mischung aus beiden Konzepten – mit unterschiedlichen Akzentuierungen. Und es gibt auch Interviewte, die in ihren wesentlichen Positionen von dem beschriebenen Mainstream abweichen. So befürworten auch Befragte mit Migrationshintergrund, die schon in Deutschland geboren sind, zum Teil assimilationspolitische Maßnahmen wie Zuzugsbeschränkungen von Migranten oder Verbot des Sprechens der Muttersprache im Kindergarten, weil sie sich davon bessere Zukunftschancen für ihre Kinder erwarten.

Einzelne Deutsche stellen sich hinter einen interaktionistischen Integrationsbegriff, d.h. sind für eine dialogische Aushandlung des interkulturellen Zusammenlebens im Stadtteil auf gleicher Augenhöhe.

3. Konflikte zwischen Deutschen und Migranten im Stadtteil

Es gibt in der Ringstraßensiedlung zwar keine spektakulären Gruppenkonflikte, aber einen zermürbenden täglichen Kleinkrieg wie etwa um die Einhaltung der nächtlichen Ruhezeiten in den Wohnungen, um Kinderlärm auf den Fluren und in den Treppenhäusern, um Grillfeste, die sich in die Nacht hineinziehen, und um die Durchführung des Treppenhausputzes. Dabei scheinen die beteiligten Konfliktparteien – vor allem viele ältere Deutsche, die sich über die Migrantenfamilien ärgern – direkte Auseinandersetzungen zu meiden, da sie eine ausufernde Eskalation des Streits fürchten. Viele ältere Deutsche fühlen sich in der Rolle einer unterdrückten ohnmächtigen Minderheit und stauen ihre Aggressionen an. Der angestaute Ärger macht sich dann eher Luft in Schimpfereien mit den Kindern bzw. indem in großer Häufigkeit Beschwerden nach außen oder nach oben getragen werden, was ihnen wiederum bei den Familien mit Migrationshintergrund den Ruf der „schimpfenden Deutschen“ einhandelt. Die Aggressionen sind umso stärker als sich die angestammten älteren Bewohner als die Platzhalter der deutschen Ordnung verstehen, an die sich die Einwanderer anpassen müssen, und sich jetzt in die Lage einer ohnmächtigen Minderheit versetzt sehen – alleingelassen von den autorisierten Ordnungshütern bei der Hausverwaltung und auch bei der lokalen Polizei.

Dabei neigen viele – respektive deutsche – Befragte zu einer ethnisierenden Deutung der Konflikte, d.h. die eindimensionalen Rückführung der Spannungen auf unvereinbare kulturelle Unterschiede und ethnische Zugehörigkeitsdefinitionen.

Das Fatale an der Ethnisierung von Konflikten ist die Erschwerung oder Blockierung der Verhandelbarkeit der Konflikte. Über unterschiedliche kulturelle Lebensentwürfe, Moralvorstellungen und Zugehörigkeiten lässt sich schlecht streiten. Ethnische Konflikte sind – so sagen die Konfliktforscher – „unteilbare Konflikte“ (Giesen 1993, Albers 2000). Sie involvieren immer gleich die ganze Person. Unterschiedliche Bedürfnisse und Interessen, die oft hinter den – auf den auf den ersten Blick als ethnisch/kulturelle wahrgenommenen – Konflikten stecken, sind grundsätzlich verhandelbar. So ist es auch ein Standard bei der Konfliktmediation, Identitätskonflikte eher auszuklammern und bei den Bedürfnissen und Interessen anzusetzen.

Für die Auslotung der Chancen der Konfliktbearbeitung ist es deshalb von äußerster Wichtigkeit, zu fragen: Um welche Konflikte könnte es sich auch noch handeln – außer den kulturellen?

4. Konfliktursachen - außer kulturell/ethnischen Erklärungsansätzen

Obwohl vor allem die deutschen Befragten in der Regel zu vorschnellen kulturell/ethnischen Deutungen neigen, liefern ihre eigenen Beobachtungen und Statements viele Hinweise für die eigentlichen Konflikte, die unter dem Schleier der ethnischen Attributierung verborgen liegen.

Ethnozentrische Wahrnehmung und Interkulturelle Missverständnisse

Viele Konflikte gehen auf ethnozentrische Fehldeutung des Verhaltens des Anderen zurück. Ethnozentrische Wahrnehmungen und Interpretationen beurteilen das Verhalten fremdkultureller Gruppen auf dem Hintergrund der eigenen Normalitätsdefinitionen. Es geht aber darum, den Anderen aus der Perspektive seiner Kultur heraus zu verstehen. Deshalb muss das im Kontext der Aufnahmegesellschaft oft dysfunktionale Verhalten von Einwanderern aus traditionellen Gesellschaften nicht kritiklos hingenommen werden. Aber der beiderseitige Perspektivenwechsel erleichtert die konstruktive, sachorientierte und weniger moralisierende Aushandlung divergierender Bedürfnisse und Interessen.

Hier einige Beispiele von interkulturellen Konflikten die durch ethnozentrische Deutung missverstanden werden, die in der Befragung häufig aufgetaucht sind.

Im intergeschlechtlichen Kontakt zwischen Nachbarn wird oft vergessen, das traditionell eingestellte Migrantinnen außerhalb des familiären und verwandtschaftlichen Innenraums keinen direkten Kontakt anstuern dürfen, ja sogar den Blickkontakt vermeiden sollen. Wenn sie die freundliche Kontaktaufnahmegeste des männlichen Nachbarn nicht erwidern, wird dies leicht als Distanzierung gedeutet.

Bei Muslimen kann der Alkohol, der bei Geselligkeiten und Feiern unter den deutschen Nachbarn reichlich fließt, unterschwelliger Grund dafür sein, aus religiösen Gründen Einladungen abzuschlagen – vor allem, wenn der Alkohol vor den Augen der Community-Öffentlichkeit im öffentlichen Raum der Anlage oder im halböffentlichen der Balkone konsumiert wird. Da sie sich genießen, den wahren Grund ihrer Absage zu nennen, missverstehen die Nachbarn die Zurückweisung der Einladung u.U. als ein Signal, nicht näher in Kontakt kommen zu wollen.

Kindertagesstätten werden von vielen Migranten als Aufbewahranstalten und im letzten Jahr als Vorschulen betrachtet. Die schulischen Erfolge werden ganz der Leistung der Lehrer zugeschrieben und die Kinder ihnen überantwortet. Die eigenen Anteile familiärer Sozialisation bei der Entwicklung der Bildungschancen werden in traditionellen Gesellschaften wie auch in bildungsfernen Schichten selten wahrgenommen. Es fehlt an Erziehungsbewusstsein. Die Delegation der Erziehungsaufgabe an die professionellen Erzieher wird aus der Außenperspektive als Mangel an Interesse oder Verantwortungslosigkeit negativ bewertet und unterminiert die Beziehung von Eltern und PädagogInnen.

Eine große Provokation stellt die Einschaltung der Hausverwaltung oder gar der Polizei dar. Dies wird als große Ehrverletzung angesehen wird, weshalb Anzeigen in traditionellen Gesellschaften meist unterbleiben, da sie eher konfliktverschärfend wirken. Man fühlt sich durch die Autorität gedemütigt und vor den „bedeutsamen Anderen“ blamiert. Deeskalierend wirken dagegen Konfliktaustragungsformen, bei denen auf gleicher Augenhöhe unter Wahrung respektvoller Umgangsformen verhandelt wird. Dies gilt natürlich genauso für Konflikte unter deutschen Nachbarn, aber bei Migranten wirkt die Einmischung der Obrigkeit in ihre Privatsphäre besonders provokativ.

Regelkonflikte²

Im Kontext des Zusammenlebens in Einwanderungsgebieten sind Konflikte durch den kulturellen Dominanzanspruch der Immer-schon-da-Gewesenen vorprogrammiert. Wie auch im nationalen Einwanderungsdiskurs geht es um den Konflikt zwischen der assimilationspolitischen Option auf der einen Seite und der Forderung nach Anerkennung der kultureller Differenz und interkulturellem Austausch (s.o.). Umkämpft sind Fragen wie die Präsentation von Kopftüchern im öffentlichen Raum, die Ausbreitung türkischer Geschäfte, muslimischer Moscheen, die interkulturelle Öffnung der öffentlichen Bildungs- und Dienstleistungsinstitutionen und die Praktizierung fremdkultureller Lebensformen. In der Wahrnehmung vieler Alteingesessener führt die Invasion der Fremden zum „Heimatverlust“. Man würde zu „Fremden im eigenen Land“. Die Fremden sollen ihre anderskulturellen Lebensformen in ihren vier Wänden praktizieren – solange sie nicht mit den etablierten Regeln des gutnachbarschaftlichen Zusammenlebens kollidieren. Im öffentlichen Raum und in den öffentlichen Institutionen gilt die deutsche Leitkultur, an die sich die Einwanderer anpassen sollen. Forderungen bezüglich Mehrsprachigkeit oder Gleichstellung der Religionsgemeinschaften werden auf diesem Hintergrund abgelehnt. Viele befragte Migranten erleben dies als Assimilationszwang und Ignorierung wichtiger Bestandteile ihrer Herkunftsidentität und bestehen z.B. im religiösen Bereich auf Religionsfreiheit. Gleichwohl alle befragten Migranten hinter der Forderung stehen, die Vermittlung der deutschen Sprache in Kindergarten und Schule zu intensivieren, wünschen sie sich auch eine bessere Förderung in der Muttersprache (vor allem in der Schule), um dieses wichtigste Medium der Weitergabe des kulturellen Erbes an ihre Kinder zu erhalten. Auch wollen sie sich den kulturell eingespielten häufigen Aufenthalt im Freien bis in die Abendstunden – vor allem im Sommer – im Freigelände des Wohngebietes nicht durch Beschwerden der deutschen Bewohner, die ihre Ruhe haben wollen, verleiden lassen. Und sie wollen auch die Motorik ihrer Kinder in den Wohnungen nicht über Gebühr einschränken.

Ressourcenkonflikte

Von den älteren Bewohnern der Ringstraßenwohnung, die sich im Dauerkonflikt wegen der Kinder mit den Migrantenfamilien befinden, wird immer wieder angemahnt, dass die Stadt bzw. das Quartiersmanagement endlich etwas für die Verbesserung der Infrastruktur der deutschen SeniorInnen tut. Sie konkurrieren mit den Migrantenfamilien um die knappen öffentlichen Ressourcen.

Um einen Ressourcenkonflikt handelt es sich auch, wenn die deutschen Eigenheimbesitzer im Neubauviertel den Verfall der Immobilienpreise befürchten, wenn noch mehr „Ausländer“ zuziehen und wenn die Forderung an die Kommune laut werden, den Migrantenanteil durch die Vergabepraxis der öffentlich subventionierten Kredite zu steuern.

Einige befragte deutsche Mütter sind der Meinung, die Stadt und die Bildungseinrichtungen kümmern sich viel mehr um die Migrantenkinder als um die ebenfalls unterstützungsbedürftigen deutschen Kinder – durch Sonderprogramme, die nur für Migrantenkinder zugänglich seien – bzw. fehle das Geld für die deutsche Normalbevölkerung, weil so viele öffentliche Mittel für Integrationsmaßnahmen ausgegeben

² Vgl. Konfliktypologie von Giesen (Giesen 1993, S. 104ff) bzw. Heitmeyer:

Rangkonflikte „Konflikte um Ansprüche auf soziale Positionen“, die „typischerweise zwischen Inhabern benachbarter Positionen statt“ finden; **Regelkonflikt** „entzündet sich an der Frage der Gültigkeit von Normen und Werten“; **Ressourcen- oder Verteilungskonflikt** durch „Konkurrenz um knappe Güter, Arbeitsplätze, Wohnungen, Steuermittel“ (Heitmeyer 2000, S. 65ff)

würden, die auch deshalb notwendig werden, weil sich die „ausländischen“ Eltern nicht um die Spracherziehung ihrer Kinder kümmerten.

Rangkonflikte

Norbert Elias hat in einer umfangreichen Gemeindestudie Anfang der 60er Jahre in Großbritannien dokumentiert, wie negative soziale, ethnische und/oder religiöse Zuschreibungen dazu dienen können, Rangkonflikte zwischen Etablierten und Außenseitern, zwischen angestammter und neu hinzugezogener Bevölkerung ausgetragen (Elias 1990). Dabei können sich im Verlaufe einer Ortsgeschichte die Positionen der etikettierten Gruppen verändern. Aus den Außenseitern von gestern werden die „etablierten Außenseiter“ von heute, die sich wiederum nach neuen Außenseitern umsehen, von denen sie sich abgrenzen können.

In den Gründerzeiten der Ringstraßensiedlung befanden sich die damaligen Neubürger in einer solchen Außenseiterrolle in der Gemeinde. Die „Raunheimer“, das waren die angestammten Bewohner jenseits der Bahnlinie. Der gemeinsame Außenseiterstatus und die negative Etikettierung des Viertels hat die Bereitschaft der Bewohner, sich untereinander „zusammenzubeißen“, offensichtlich auch gefördert. Später dagegen hat sich ein Etablierten/Außenseitergefälle zwischen den alteingesessenen Deutschen der Siedlung und den zugewanderten Migranten ergeben.

Viele angestammte ältere Deutsche sehen ihre Etabliertenvorrechte mit Füßen getreten. Sie fühlen sich von den zugezogenen jungen Ausländerfamilien dominiert und an den Rand gedrängt, als „Minderheit im eigenen Land“. Umgekehrt empfinden viele befragte Migranten ein Machtgefälle in der Kommunikation. Sie würden nach wie vor als Gäste betrachtet, die sich gefälligst anzupassen hätten, und als Außenseiter, die Initiative zum nachbarschaftlichen Kontakt ergreifen müssten

Das oben beschriebene Muster taucht erwartungsgemäß auch bei den alteingesessenen Migranten auf. Die erste Einwanderungswelle der aus dem „christlichen Abendland“ stammenden Italiener, Griechen und Spanier setzt sich von den später hinzugezogenen „Muslimen“ ab. In Frankreich heißt es „Le dernier ferme la porte“ (der Letzte schließt die Türe).

Generationskonflikte

Der Konflikt zwischen den angestammten und den hinzugezogenen Bewohnern ist weitgehend auch ein Generationskonflikt. Die Ruhebedürfnisse der Alten kollidieren mit motorischen Bedürfnissen der Kinder, die althergebrachten Erziehungsnormen der Älteren mit denen jüngerer Eltern. Zudem leiden viele ältere deutsche Bewohner unter ihrer sozialen Vereinsamung und wehren ihre Trauergefühle ab, indem sie diejenigen bekämpfen, die wieder neues soziales Leben in das Viertel gebracht haben.

Streit ist auch eine Form, die eigene Isolation zu durchbrechen. So haben die befragten Konfliktvermittlerinnen den Eindruck, dass einige klageführende SeniorInnen, die sehr isoliert leben, Konflikte auch aus Langeweile oder um Aufmerksamkeit zu bekommen „hochkochen“ und sich wegen Kleinigkeiten bei den Nachbarn, im Stadtteilbüro, bei der Hausverwaltung oder gar bei der Polizei beschwerten. Zu dieser Einschätzung kommen sie auch deshalb, weil sie schnell wieder „herunterkochen“, wenn man sich mit ihnen beschäftigt.

Arbeitsbelastungen und soziale Benachteiligung

Schließlich führt – aus der Sicht mancher Befragter – die Zunahme der Arbeitsbelastungen zu einer Kontaktverringerung und einer Senkung der Frustrationstoleranz unter den Nachbarn. Die Zunahme anomischer, Anstoß erregender Verhaltensweisen – wie Vandalismus, Verwahrlosung, Sucht, Gewaltbereitschaft, Kriminalität – wird von einem Befragten wie auch der Soziologie auch von den gewachsenen sozialen Verwerfungen abgeleitet, von der Öffnung der Schere zwischen den Erwartungen an das Leben und den Realisierungschancen dieser Erwartungen bei gleichzeitiger Lockerung der sozialen Kontrolle durch kulturelle Pluralisierungstendenzen und Verstärkerprozesse. Diese Schere öffnet sich ganz besonders bei unqualifizierten jungen Migranten. Das hieße aber, dass die beschriebenen sozialstrukturellen Desintegrationsprozesse maßgeblichen Einfluss auf die Entstehung von Verwahrlosungsphänomenen und die Zunahme von Gruppenkonflikten und „Ellbogenmentalität“ in benachteiligten Stadtteilen haben und die Einwanderung dafür in einem weit geringeren Maße verantwortlich gemacht werden kann als dies im populistischen Diskurs unterstellt wird.

Bauliche Struktur

Schließlich begünstigt die bauliche Struktur der Ringstraßensiedlung mit sehr hellhörigen und kleinen Wohnungen Nachbarschaftskonflikte. Die funktionslosen und kommunikationsarmen Abstandsflächen zwischen den Wohnblöcken erschweren die Identifikation mit dem Stadtteil und minimieren die soziale Kontrolle.

5. Umgang mit Konflikten

Konflikte zwischen deutschen und migrantischen Nachbarn werden nicht immer offen ausgetragen. Vielmehr meiden vor allem die älteren deutschen Bewohner die direkte Auseinandersetzung mit den nicht-deutschen Nachbarn. Aus kommunikationstheoretischer Sicht ist es müßig solche Konflikte zu „interpunktieren“, d.h. zu fragen: „Wer hat angefangen?“, „Wer ist schuld?“ (Watzlawick 1967/1990, S. 59). Hier handelt es sich um einen typischen Zirkel negativer Verhaltenserwartungen und einer daraus resultierenden sich selbst erfüllenden Prophezeiung („selffulfilling prophecy“). Dieser Zirkel kann nur durch „paradoxe Intervention“ aufgelöst werden, durch die Erzeugung von Nachdenklichkeit, wenn die eine Partei einmal nicht so reagiert wie erwartet und der anderen Partei mit Respekt begegnet.

Es gibt jedoch auch einen konstruktiven Umgang mit Konflikten. So schildert ein befragter deutscher Senior, der im Viertel eine informelle Sprecherrolle hat, dass er sich „gut fühlt“, weil er sich immer zu sagen traue, was er nicht für richtig halte, dabei aber stets den Anderen mit Respekt begegne. Dieser konfliktfähige Stadtteilbewohner ist gleichzeitig einer der wenigen Befragten ist, die über gut nachbarschaftliche Beziehungen zu Migranten berichten.

Eine zivile Streitkultur setzt bei den Beteiligten die Fähigkeit zur Bedürfnisartikulation genauso voraus wie „reziproke Anerkennungsverhältnisse“ d.h. die Anerkennung des Anderen als Person gleicher Rechte und natürlich auch den Verzicht auf die Anwendung von Machtmitteln. Voraussetzung demokratischer Streitkultur ist mithin die Identifikation mit dem Gleichheitsgedanken und dass keine Seite wegen ihres Status Privilegien einklagt.

Einen wichtigen Beitrag zur Verbesserung der Konfliktkultur im Untersuchungsgebiet leisten im Rahmen des Projektes „Soziale Stadt“ geschulte und bescheiden honorierte Konfliktvermittlerinnen. Durch den Einsatz einer Dritten neutralen Person, deren Aufgabe in erster Linie in der Konfliktmoderation liegt, erscheint es besser möglich, die vordergründigen ethnischen Konflikte in Bedürfnis- und Interessenkonflikte zurückzuübersetzen, in teilbare und somit besser lösbare Konflikte.

Am Beispiel der Konfliktbearbeitung eines Streits wegen scheinbar säumigen Hausputz einer türkischen Familie, über die sich die deutschen Nachbarn beim Quartiersmanagement erregt hatten, konnte eine befragte Mediatorin demonstrieren, wie sehr doch die Sachebene der meisten Konflikte oft nur ihre Oberfläche darstellt. Eigentlich geht es um Konflikte auf der gestörten interethnischen Beziehungsebene. Nehmen die Nachbarn Rücksicht auf mich oder sind sie rücksichtslos? Passen sich die Neuen den eingespielten Gewohnheitsregeln an oder setzen sie sich darüber eigenmächtig und ohne Absprache hinweg? Schalten die auf stur, lassen sich auf keine Kompromisse ein und wollen die einen Machtkampf austragen? Versetzen die sich in meine schwierige Lage, die mich zwingt Ausnahmen von der Hausregel zu machen?

Die Mediatorin zeigt sehr schön, wie der vordergründige Konflikt in den Hintergrund tritt, wenn die Gegenseite im Verlaufe des Mediationsverfahrens langsam Respekt und Entgegenkommen zeigt, dann sind die deutschen Nachbarn auch bereit, sich auf Kompromisse einzulassen, die auf die besonderen Lebensverhältnissen (Schichtarbeit) der türkischen Nachbarn Rücksicht nehmen.

Damit sich aber die Philosophie und die Methodik der fairen Streitschlichtung in der Alltagskultur stärker verwurzelt, sollte dieses Verfahren schon in der Schule geübt werden. Hier hat die Schulsozialarbeit in der Raunheimer Gesamtschule schon gut vorgearbeitet (Klassenräte, Mediationsübungen im Fach Soziales Lernen). Von Mediationsschulungen könnte auch die Gremienarbeit im Stadtteil profitieren und die (vielleicht) zukünftigen Mieterbeiräte.

Damit die Impulse der Konfliktmediation nicht verpuffen und sich die zivile Streitkultur allgemein ausbreitet, bedarf es kommunalpolitischer Initiativen und Maßnahmen zur lebensortnahen Einbeziehung der Stadtteilbewohner jedweder Herkunft am kommunalpolitischen Geschehen und der Beteiligung an dem Stadtteilentwicklungsprozess, um die Rahmenbedingungen für einen fairen Interessenausgleich mit den kommunalpolitischen Akteuren herzustellen. Ansätze hierfür zeichnen sich im Untersuchungsgebiet in Form von Mitsprache der Bewohner bei der baulichen Gestaltung der Abstandsflächen ab (Spiel-/Sportplatzgestaltung, Müllbeseitigung, Umgestaltung des Vorplatzes der Wohnblöcke). Mit dem – vom Projekt „Soziale Stadt vorgeschriebenen“ – gewählten Stadtteilbeirat wurde ein Sprachrohr für die Bewohnerinteressen geschaffen. Im Unterschied zu vielen anderen Projektgebieten sind Migranten in diesem Gremium überrepräsentiert. Außerdem hat die Stadt einen deutsch-migrantischen Arbeitskreis mit Multiplikatoren und Vertretern der Stadt eingerichtet, der auch viele Empfehlungen der Studie aufgenommen hat und einen Maßnahmenkatalog zur Verbesserung des Zusammenlebens entwickelt hat, den abzuarbeiten sich die Kommune vorgenommen hat.

Literatur

Albers, Georg (2000): Ethno-soziale Konflikte in Deutschland. In: Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit 3+4/2000, S. 24-29

BMFSFJ - Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2000). Familien ausländischer Herkunft in Deutschland. Sechster Familienbericht. Berlin, S.75-110

Elias, Norbert/ / Scotson, John L. (1990): Etablierte und Außenseiter. Frankfurt/Main

Esser, Hartmut (1999): Inklusion, Integration und ethnische Schichtung. In: Journal für Konflikt- und Gewaldforschung, 1,1,5-34

- Gaitanides, Stefan (2006): „Wir müssen mehr miteinander reden!“ – Migranten und Deutsche im Stadtteil. Frankfurt/Main
- Giesen, B. (1993): Die Konflikttheorie. In: Endruweit, G. (Hg.): Moderne Theorien der Soziologie. Stuttgart, S. 87-134
- Güttler, Peter O. (2003 /3. Aufl.): Sozialpsychologie. Soziale Einstellungen, Vorurteile, Einstellungsänderungen. München/Wien
- Hewstone, Miles (2004): Neuere Forschungen über Intergruppenkonflikte: Konsequenzen für den Umgang mit Migration und Integration, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Veröffentlichung der Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration April 2004 (Best.-Nr./Order No.: SP IV 2004-601)
- Heitmeyer, Wilhelm/ Anhut, Reimund (Hg.)(2000): Bedrohte Stadtgesellschaft. Soziale Desintegrationsprozesse und ethnisch-kulturelle Konfliktkonstellationen. Weinheim/ München
- Nauck, Bernhard (2000): Eltern-Kind-Beziehungen in Migrantenfamilien – ein Vergleich zwischen griechischen, italienischen, türkischen und vietnamesischen Familien. In: Sachverständigenkommission 6. Familienbericht (Hg.): Familien ausländischer Herkunft in Deutschland: Empirische Beiträge zur Familienentwicklung und Akkulturation. Opladen, S. 347-392
- Watzlawick, Paul/ Beavin, Janet H./ Jackson, Don D.(1967/1990): Menschliche Kommunikation. Formen, Störungen, Paradoxien. Bern/Stuttgart/Toronto
- Wolf, Carina/ Wagner, Ulrich/ Christ, Oliver (2005): Die Belastungsgrenze ist nicht überschritten. Empirische Ergebnisse gegen die Behauptung vom „vollen Boot“. In: Heitmeyer, Wilhelm (2005): Deutsche Zustände. Folge 3. Frankfurt, S. 73-91